Oesterreich

und

die polnische Frage.

Von

Hermann Leo Back,

Verfasser von „Napoleon III. und Deutschland" — „Österreichs Appell an die öffentliche Meinung" u. a. m.

Wien.

Herm. Markgraf.

1863.



Oesterreich

und

die polnische Frage.

Von

Hermann Leo Back,

Verfasser von „Napoleon III. und Deutschland“ — „Österreichs Appell an die öffentliche Meinung“ u. a. m.

Wien.

Herm. Markgraf.

1863.



Wien. Druck von A. Pichler's Witwe & Sohn.

Verlag von Herm. Markgraf.

I.

In Streitsachen von europäischer Bedeutung muß jeder Politiker bei seinem Urtheile über das Verhalten der an ihnen sich betheiligenden und eingreifenden Mächte die Beziehungen einer solchen Macht, ihre Lage, ihre Verhältnisse und Interessen als Prämissen zu seiner Schlußfolgerung ins Licht stellen. Wenn dies schon vom gewöhnlichen Politiker gilt, so muß eine Großmacht diese Ausgangspunkte gewiß unverrückt und lichtvoll in Sicht behalten, um danach ihren Schritten die zieltreffende Richtschnur zu geben. Legen wir unsern Betrachtungen das österreichische Interesse zu Grunde, tragen wir den Beziehungen Österreichs und seinen Verhältnissen die gebührende Rechnung, und entsprechen wir mit den Anforderungen des Patriotismus zugleich denen der Billigkeit und der Humanität, so können wir für unser bisheriges Benehmen in der polnischen Frage wie auch für unsere zukünftigen Maßnahmen die rechtfertigende Erklärung finden und der öffentlichen Beurtheilung anheimgeben.

Es muß uns hier in erster Linie die Frage beschäftigen, ob es im Interesse Österreichs und in seinem Vortheile begründet ist, die Wiederherstellung Polens in seinen alten Grenzen zu befürworten oder werkthätig dazu beizutragen,

und die Beantwortung dieser Frage nöthigt uns, die Ursachen der Theilung Polens zuvörderst klar zu legen.

Die Institutionen eines Staates, seine Verfassung und seine Gesetze üben den höchsten Einfluß auf dessen Bestand und Erhaltung aus und bewirken je nach ihrer Beschaffenheit die Blüthe desselben oder seinen Untergang. Von dem Augenblicke, wo Polen unter Sigismund August von der erblichen Monarchie zum Wahlreich überging, hatte es mit dem heftigsten Schlag zur inneren Spaltung auch den ersten Streich zu seiner Theilung geführt. Dieses Zwitterwesen eines Reiches, das nicht Monarchie und nicht Republik war, eröffnete durch die Wahlverfassung der Käuflichkeit und dem Ehrgeiz den weitesten Spielraum. Lange vorher hatten bereits Willkür und Parteileidenschaft dem Lande den innern Frieden geraubt; der Gewalt des mit seinem Schwerte klirrenden Adels, welcher alle Rechte und Freiheiten besaß, konnte kein Staatsgesetz mehr eine Schranke vorschlagen, und die unter dem Drucke dieser gewaltigen Herrschaft niedergehaltenen Bauern, welche ohne das Mittelglied eines gebildeten Bürgerstandes den zweiten und unterjochten Theil dieses Königreiches ausmachten, waren sonder Schutz und Gegenhalt den eigenmächtigsten Verfügungen und den fortwährenden Eifersuchts-Streitigkeiten ausgesetzt und preisgegeben. Nun führte die Wahlverfassung vollends den Ruin des Landes herbei; so oft die Erledigung des Thrones

eine Wahlbewegung verursachte, fanden die erbittertsten Kämpfe statt, zerriß die Nation in feindliche Parteien, und maßte sich der Adel in wachsendem Übermuth noch solche Rechte an, daß der Begriff irgend einer Gesetzlichkeit da gar nicht mehr anwendbar war. Um dieses Maß von Unordnung noch voll und überfließend zu machen, brachte die Rivalität der auswärtigen Mächte, deren jede ihren eigenen Prinzen auf den polnischen Thron zu heben trachtete, zu den innern Zwistigkeiten auch den äußern Krieg, von dem das polnische Reich immer einen heftigen Rückschlag verspürte. Siebenbürgen, Schweden, Frankreich, Österreich, Sachsen, Rußland und Preußen hatten einander zunächst um deswillen bekriegt, um dem jeweiligen Thronbewerber ihre Stütze zu verleihen.

Solchergestalt mußte das Polenreich eine heißersehnte und wettgekämpfte Beute seinen lüsternen Nachbarn werden, und D'Alembert gibt in richtiger Auffassung dieser Sachlage ein vollbegründetes Urtheil, wenn er in seinen Briefen an Friedrich II. die Unordnung und die Auflösung der Gesellschaft als zerstörende Ursachen und als solche Übel bezeichnet, welche unfehlbar eine Katastrophe herbeiführen mußten, eine Katastrophe, von der jede preisgegebene Sache betroffen wird: „der erste beste bemächtigt sich ihrer vermöge des angebornen Erwerbstriebes (Oeuvres posthumes de Frédéric II.)."

II.

Wer war aber hier „der erste beste?" Die Beleuchtung dieser Frage wird uns auch über die Haltung Österreichs als Theilungsmacht Aufklärung verschaffen.

Vierzig Jahre vor der Theilung war die russische Politik unablässig bemüht, Polen immer mehr zu umgarnen und in sein Netz zu locken. Als Stanislaus Lescinski, der mit Hilfe schwedischer Soldaten und durch die erzwungene Absetzung seines Vorgängers auf den polnischen Thron gewaltsam gehobene Woiwode von Posen, nach seiner selbsteigenen Vertreibung und Herumwanderung erneuerte Ansprüche auf diesen Thronsitz erhob, rückten russische Kriegsschaaren zur Unterstützung des dem sächsischen Hause entsprossenen Friedrich August III. in Polen ein (1733). Diese Besatzung war nur der Anfangsring einer langen Kette von Rechtsverletzungen und Eingriffen, und lange vor der förmlichen Theilung hatte der russische Befehl in Polen vorherrschende Geltung, bis endlich unter Stanislaus Poniatowski (1764), dem letzten unglücklichen und machtlosen Polenkönig, der russische Gesandte thatsächlich der eigentliche Gebieter in Warschau war. Rußlands Einfluß erstreckte sich auf die innere Verwaltung, auf die Religionsübung, auf die

Fähigkeitserkenntniß und den Zutritt zu Ämtern, und ohne seine Zustimmung durfte selbst an der bestehenden Verfassung keine Veränderung vorgenommen werden. So drohte Rußland, das ganze polnische Reich, das bereits schwer unter seinem Joche seufzte, völlig zu absorbiren und seinem ohnedies schon furchtbar mächtigen Körper einzuverleiben, oder es mindestens zum unmittelbaren Vasallen zu machen.

Unter solchen Umständen mußten die Höfe von Wien und Berlin darauf bedacht sein, die für Deutschlands Sicherheit nothwendigen Vorkehrungen zu treffen und die aus dieser Vergrößerung erwachsenden Gefahren von ihm abzuwenden.

Preußen hatte mit langer Hand heimlich darauf hingearbeitet, den entscheidenden Streich der Theilung zu poussiren oder zu führen. Es wurden dieserwegen viele Fäden vertraulicher Verabredungen zwischen Berlin und Petersburg fortgesponnen, deren Knotenpunkte in getroffenen Vereinbarungen für die Betheiligung Preußens ausliefen, denen der dem Theilungsvertrage vorangegangene Besuch des Prinzen Heinrich von Preußen in Petersburg die bundesfeste Einfassung gab, und die den fruchtbaren Landstrich an der Weichsel als Preisstück absetzten. In weiterer Folge seiner Harmonie mit Rußland stimmte Preußen nach der Conföderation von Targowicz in die präludirende Erklärung, nach welcher beide Mächte genöthigt seien, Polen in engere Grenzen einzuschließen, um die Nachbarstaaten vor jeder

Ansteckung des demokratischen Jakobinismus zu bewahren, und erwarb sich dadurch Danzig und Thorn mit einem Theile von Großpolen.

Was Österreich betrifft, so war seine Abneigung gegen jede Art von Theilung dem Petersburger Hofe wohlbekannt, und konnte auch der verlockendste Anschlag den erhabenen Sinn der Kaiserin Maria Theresia zu keinem Einklang bewegen. Allein durfte man dieselben Anforderungen auch an Kaiser Josef II. stellen? Mußten nicht die europäischen Zustände und die Constellation der angrenzenden Mächte ihn andern Sinnes machen? Konnte er ruhig zusehen, wie Preußen und Rußland sich vergrößern, und den Erwägungen des Interesses und der eigenen Sicherheit sein Ohr verschließen? Schlesien war bereits in die Krallen des preußischen Adlers gefallen; weiter hatte Friedrich II. die Plane Kaiser Josef's in Bezug auf die Abrundung seines Gebietes, indem dieser die vertragsmäßig ihm erblich zugesprochenen Landschaften in Niederbaiern und der Oberpfalz für die entfernten Niederlande eintauschen wollte, zu durchkreuzen gewußt; ferner gelang es Friedrichs Stiftung des Fürstenbundes, wodurch Preußen in dem Grade an Macht und Bedeutung gewann als es den österreichischen Einfluß untergrub, dem kaiserlichen Ansehen im deutschen Reiche empfindlichen Schaden zuzufügen; nun machten Preußen und Rußland

sich gar daran, ein ganzes Reich nach hinlänglich getroffenen Vorbereitungen und gepflogenen Verhandlungen sich zuzutheilen: konnte Österreich die Gebote der Selbsterhaltung den von andern verletzten Prinzipien des Rechts zum Opfer bringen? und war es ihm zu verargen, wenn es wenigstens den Theil für sich nahm, den es im Verweigerungsfalle doch seinen ländersüchtigen und großmächtigen Nachbarn überlassen mußte?

Nein, es ist nicht unseres Amtes, die gewiß beklagenswerthe Theilung Polens zu rechtfertigen; mag die Ursache in der selbstverschuldeten Schwäche des polnischen Volkes und in seiner schlechten Regierung liegen, mag man sie anderseits wieder nur in der Habsucht der angrenzenden Nachbarn finden, oder mag endlich Beides oder irgend ein Drittes die Schuld tragen: wir haben eine vollendete Thatsache vor uns und wir haben deren Logik zu besprechen, uns muß die Gegenwart mit ihrem Zifferblatt und nicht die Vergangenheit die Zielrichtung geben, wir können den Zeiger der Zeit nicht zurückrücken, und wir gehen nun zur Beantwortung der vorgelegten Frage über.

III.

Soll Österreich zur Wiederherstellung Polens beitragen?

Um den Gegenstand unserer Abhandlung an einer leichtfaßlichen Handhabe vor- und durchzuführen, wollen wir für einen Augenblick die wahrscheinlich vorgeschobene Auffassung auch uns aneignen, und sohin annehmen, es sei unter dem Begriff „Polen" bloß das Kongreß-Polen der Wiener Schlußakte verstanden. Nun müssen wir der Vorstellung von der Unabhängigkeit dieses Landes die folgerichtige Erklärung unterlegen, daß dieses Polen in seiner Selbständigkeit entweder als Freistaat oder unter einem fremden Prinzen oder allenfalls unter einer russischen Sekundogenitur aufgerichtet werden soll.

Keinen dieser Fälle können wir vom österreichischen Standpunkt in Aussicht nehmen und ihm unsere Fürsprache geben. Das zu Eroberungszwecken als volksangelnder Köder hingeschleuderte Nationalitäts-Prinzip hat uns nach mörderischen Schlachten den Preis einer blühenden Provinz gekostet, hat Tausende unserer Mitbürger mit leidenschaftlicher Gewalt zwieträchtig verfeindet, und hat durch die Reichseinheit einen die Staatsmacht zweistrahlig theilenden Spalt

gerissen. Noch bluten wir an den Wunden dieses in Prinzipien-Reiterei heraufbeschworenen Krieges, noch glühen und glimmen im Zickzack mit nationalen Pechfackeln in Brand gesteckte Kohlenhaufen, noch gähren die Gemüther in ihrem Sonderstreben nach centrifugalem Gewichtsfall, noch hemmt die Schwingen des Doppelaars der unausgetragene Rechtsstreit mit seinem beinstellenden Dualismus: und wir sollten als Nationalitätskämpfer für die Unabhängigkeit Polens eintreten? wir sollten für dasselbe Prinzip nach Außen das Schwert ziehen, das daheim die Spitze gegen uns kehrt? wir sollten demselben Prinzip zu Recht verhelfen, das wir als staatsrechtlich nimmermehr anerkennen?

Nein, Oesterreich hat kein Interesse, ein unabhängiges Polen wieder herzustellen, und es kann in seinem Interesse nicht liegen, ein freies und selbständiges Polen zu begründen oder zu befürworten. Wir können nicht à la Napoléon nach Auswärts exportiren, was wir nach Innen zum Staatstribut mit Zoll belegen, wir können nicht auswärts zerhauen, was wir im Innern einheitlich verknüpfen wollen, und wir können für Andere nicht die Bausteine liefern, die das Fundament unseres Gebäudes in Trümmer legen. Einmal anerkannt, können wir das Nationalitäts-Prinzip dann nicht mehr zurückweisen; einmal die Losreißung einer Provinz als Konsequenz dieses Prinzips von uns angeregt oder

gutgeheißen, einmal diese Doctrin als Grundrecht zur Bildung eines Staates zugelassen: und wir schaffen ein gefährliches Präcedens für alle Trennungsgelüste, und wir liefern unsern Widersachern eine Waffe in die Hand, die sie erfolgreich dann gegen uns richten könnten, ohne daß wir das Recht hätten, uns darüber zu beklagen. Man wird zugeben, daß sich in unserem Staate Elemente vorfinden, deren offen dargelegter oder heimlich genährter Wunsch auf eine faktische Unabhängigkeit oder völlige Lostrennung hinzielt und fort und fort darauf hinarbeitet, daß eben diese Elemente, welche das Gesammtvolk Oesterreichs nach den verschiedenen Programmen in Parteien zersplittern, dessen Centralmacht anfeinden, und dessen im Staatsverband verfassungsmäßig angestrebte Consolidirung verhindern, und daß es daher höchst unpolitisch und unklug wäre, durch einen Krieg in Polen allen diesen Elementen Anhalt und Vorschub zu leisten. — —

Es wird aber zur Klärung der Anschauungen nützlich und für unsere Aufgabe nothwendig sein, auch die andere Eventualität ins Auge zu fassen, die Eventualität nämlich, daß die Westmächte und vor ihnen die polnische Bevölkerung selber nicht bei Kongreß-Polen (2300 Quadratmeilen mit nahezu 5 Millionen Einwohnern) und auch nicht bei dem Herzogthume Warschau (eine aus polnischen Provinzen Rußlands, Preußens und Oesterreichs geformte und ausge-

dehnte Schöpfung Napoleons I.) stehen bleiben, sondern die Rekonstruirung Groß-Polens anstreben und das ganze ehemalige Polenreich herzustellen gewillt sein werden. In diesem sehr naheliegenden Falle müßten wir nicht allein gegen Rußland, sondern auch gegen Preußen einen langwierigen und mit dem Aufgebot aller Kräfte verheerenden Krieg führen. Nun wollen wir von unserem eigenen Schaden ganz absehen, wir wollen den Verlust einer schönen Provinz, die bei dem heutigen Stand der Dinge für uns doch einen überaus theuern Werth haben muß, in unsere Betrachtnahme nicht einbeziehen, auch die widerhaarige Zumuthung, einen gefährlichen Krieg zu beginnen, um mit aller Gewalt eine Provinz — zu verlieren, auch diese Zumuthung wollen wir an uns herankommen und über uns ergehen lassen: hat man aber damit den angehofften Zweck erreicht? Ist dann dem hergestellten selbständigen Polenreich auch der Bestand gesichert? Bietet sich irgend eine Möglichkeit, daß dieses Binnenland, dem jeder Ausgang zum Meere versperrt ist, zwischen den drei Mächten, die sich einst in sein Gebiet getheilt und dieses bis in jüngster Zeit unter ihrer Herrschaft hielten, sich auf die Dauer behaupten könnte? Muß man nicht gewärtig sein, daß Rußland und Preußen, wenn man auch den gegen sie mit ungeheuern Anstrengungen unternommenen Krieg mit bestem Erfolge beendigt sich vorstellen will, daß diese Mächte, und ganz besonders Preußen, für welches der Besitz von

Posen eine Bedingung der Existenz sein muß, die nächst günstige Gelegenheit ergreifen werden, um die ihnen entrissenen Landestheile sich so schnell als möglich wieder zuzueignen?

Und dann, welche gefährliche Lage für uns selbst! Von Innen eine Verschiedenheit der Racen in den Ländergruppen, die nach Anerkennung, nach Einfluß, nach möglichst ausgedehnter Autonomie, nach Uebergewicht und vielleicht auch nach Unabhängigkeit ringen; von Außen die als Randverzierung dienende Glanzfolie der zwei feindlichen Mächte Rußland und Preußen, die in unverhehltem Ingrimm den Augenblick abpassen, wo sie uns mit klingendem Eisen das heimzahlen können, was wir an ihnen in bundvergessenem Treubruch verschuldet; und zur überflüssigen Verschönerung dieses Gemäldes der gewinnende und bildverherrlichende Hintergrund eines neucreirten Slavenreiches, eines zur Gährung aller Stammverwandten frisch angemachten Sauerteiges, der seine Wirkung auf unsere und auf die Slaven an unserer Südgrenze auszuüben nicht verfehlen kann, und der seinen reichen Stoff auch gern nach Ungarn absetzen und mit diesem Lande in freundnachbarliche Verbindung treten wird!

Alles dies und noch manches Andere ist nicht sehr geeignet, unsere Beruhigung zu erhöhen, und unserer Stellung zu Hause oder unseren Beziehungen zu Deutschland eine Vertrauen einflößende Festigkeit zu verschaffen. Man wird

gestehen, es ist keine erfreuliche Perspective für eine durch welt-geschichtliche Thatenfülle ruhmreich gewordene und im europäischen Rath hochansehnliche Großmacht, es ist keine behagliche Situation, die zu einer hinneigenden Theilnahme einladen oder zum günstigen Fürspruch verlocken könnte, und wir haben daher volles Recht und guten Grund zu sagen:

Es liegt durchaus nicht im österreichischen Interesse, Polens Freimachung und selbständige Aufrichtung zu unternehmen, oder in irgend einer Weise dafür thätig zu sein.

IV.

Die polnische Frage bietet, wie eigentlich jede europäische, einen zweifachen Gesichtspunkt für eine Großmacht. Diese Frage kann einerseits in ihrem Verhältniß zu der sie berührenden und von ihr bewegten Großmacht sich zur Lösung aufdrängen, und anderntheils wieder mit ihren Folgen im Verhältniß zu andern Staaten als Aufgabe herantreten. In unserer vorhergehenden Erörterung haben wir diese Frage von der innern Seite in Betracht genommen, wir haben ihre Gestaltungsfähigkeit in Bezug auf unsere internen Zustände und ihre Einwirkung auf unsere heimische Lage zu erhellen gesucht, wir haben sie von der nationalen Seite regardirt; im weitern Verlaufe dieser Schrift wollen wir den Gesichtslinien in äußerer Richtung uns zuwenden, wir wollen sie nun im Hinblick auf unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten in Untersuchung ziehen, wir wollen sie von der internationalen Seite besehen.

Unter den fremden Mächten, welche uns zu einer Action gegen Rußland auffordern, ist es vor allem Frankreich, von dem der erste Impuls zu der bisherigen diplomatischen Intervention ausging. Frankreich hat zuerst nach der Kunde von der preußisch-russischen Convention vom 8. Februar

eine Einladung nach England ergehen lassen, sich mit ihm zu einem gemeinschaftlichen Einschreiten in Petersburg zu verbinden. Darauf hat es auch unserem Cabinete die Aufmerksamkeit erwiesen, und uns zu einem Anschlusse an seine Schritte eingeladen; schließlich hat es sein Circular an die Mittelstaaten, nach allen Gegenden Europa's und sogar nach Amerika geschickt, um alle Welt zu einer Coalition gegen Rußland aufzubringen.

Von welchen Beweggründen wurde Frankreich hiebei geleitet?

Und empfiehlt sich dem kaiserlichen Cabinete ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich?

Die folgende Auseinandersetzung wird uns über die eine Frage Aufschluß und auf die andere die Antwort geben.

V.

Bei allen Fragen, welche seit dem vom Segenguß des decembrischen Staatsstreiches zum Aufwachs getriebenen zweiten französischen Kaiserreich auftauchten oder gewaltsam herbeigezogen wurden, hat es Louis Napoleon verstanden, durch liberalisirende Scheingründe die öffentliche Meinung und die nicht direct in der Sache betheiligten Großmächte für sich einzunehmen und für seine Zwecke auszubeuten. Diese Taktik schießt nach der verschiedenen Bestimmung in mehrfältige Strahlen aus: sie setzt dem glimmenden Mißtrauen einen Dämpfer auf und schläfert die allgemeine Wachsamkeit ein, sie zieht materielle oder moralische Hilfskräfte an und identificirt ihr Vorhaben mit dem europäischen Wohl, sie behebt die Gefährlichkeit des Unternehmens und benimmt Frankreich die Besorgniß um den glücklichen Ausgang, sie beschäftigt dorthin die französische Nation und umgibt das Kaiserreich mit dem Glorienschimmer der Retterei, und sie verhüllt endlich den tückisch verborgenen Preisschatz und befördert den heimlich gebrauten Zweck. So wurde im Verein mit England, Oesterreich, Sardinien und der Türkei der „uneigennützige" Krieg „für die Idee" gegen Rußland in der Krim unternommen, um gleich hinterher in der Zusammen-

kunft mit dem Kaiser Alexander II. die russische Allianz gegen die orientalische Politik Englands einzufädeln und auszunützen. So wurde die italienische Frage unter dem durch liberal gekräuselte Phrasen gewonnenen Beifallsjubel der öffentlichen Stimme heraufbeschworen und der „völkerbefreiende" Feldzug von 1859 unter dem still und laut einfallenden Gutgeheiß der Großmächte eröffnet, um hinterher zwei italienische Provinzen einzustecken und die französische Herrschaft mit ihrer ewigen Besatzung in Rom dem verschrienen sogenannten österreichischen Einflusse zu substituiren. — So wurde, wieder im Verein mit England, eine gegen die anfänglich festgesetzte Anzahl verdoppelte Kriegsschaar „zum Schutz der Christen" und zur Execution gegen die Drusen nach Syrien abgeschickt, um hinterher aus dieser Mission gar nicht herauszukommen und eine französische Besatzung im Orient à la Rome in Ewigkeit belassen zu können, wenn nicht England sein mächtiges Veto dagegen eingelegt hätte. So wurde, diesmal wieder im Verein mit England und Spanien, eine Expedition nach Mexiko ausgerüstet und abgeschifft, welche nach der in der Londoner Convention vom Oktober 1861 niedergelegten Erklärung Frankreichs, Englands und Spaniens blos für die an ihren Nationalen verübten Unbilden Genugthuung und Entschädigung erzwingen, sich aber jeder Einmischung in die innern Angelegenheiten Mexiko's ent-

halten sollte, und desselbigen Sinnes waren und sprachen die von den Admiralen Jurien de la Gravière und Dunlop und General Prim erlassenen Proklamationen in Vera=Cruz am Ende December, und vollends versöhnlich lautete die mit dem mexikanischen Minister Doblado Mitte Februar 1862 abgeschlossene Convention von Soledad, welche friedlichen Unterhandlungen zur Grundlage dienen sollte, — um hinterher wieder aus dieser Expedition nicht herauszukommen, Mexiko mit Krieg zu überziehen, und nachdem England und Spanien sich gänzlich losgesagt und zurückgezogen hatten, ein Armeekorps von fünfzig Tausend französischen Soldaten auszuschiffen, deren Befehlshaber Forey öffentlich erklärt, mit der rechtmäßigen Regierung, mit dem Präsidenten Juarez auf keinen Fall zu unterhandeln — Puebla zu bombardiren, dann vielleicht eine Monarchie unter französischem Hut und Patronat zu errichten, auf die amerikanischen Staaten einzuwirken, und auch in der neuen Welt den Imperialismus zu glorificiren.

Und so wird auch die polnische Frage angefaßt und zurechtgelegt, und auch in dieser Angelegenheit verfährt Louis Napoleon nach derselben Taktik. Gleich zu allererst erklärte ein von ihm inspirirtes Organ („Le Pays"), daß das Zusammengehen mit England und Oesterreich Europa die vollkommenste

Beruhigung gewähre, und daß die Uebereinstimmung der andern Mächte eine genügende Bürgschaft biete, daß nicht die Förderung französischer Interessen, sondern die Befreiung der polnischen Nation beabsichtigt werde. In gleichem Sinne äußerte sich ein anderes Pariser Hofblatt („La France") und suchte die besorgten Gemüther damit zu beschwichtigen, daß das Einvernehmen und die Intervention dreier Mächte, wie Englands, Oesterreichs und Frankreichs hoffen lasse, es werde die Freiheit Polens „ohne Störung der europäischen Ruhe" daraus hervorgehen.

Haben wir aber diese Sprache nicht schon gehört? Hat man uns denn nicht dasselbe bei jeder Gelegenheit, wo Frankreich sich dareinmischte, gesagt? Ist uns denn nicht bei jedem der oben citirten Falle und so oft Louis Napoleon für eine Frage Partei ergriff (und in welcher Frage ergriffe Louis Napoleon nicht Partei!? — Wenn keine Frage existirt, macht er eine —) vordemonstrirt worden, daß Frankreich stets nur die edelsten und uneigennützigsten Absichten habe? Hat man uns denn nicht einmal eingeredet, Frankreich kämpfe „für die Idee," dann wieder „für die Völkerbefreiung," dann wieder „für die christlichen Interessen," dann wieder „für das katholische Oberhaupt," dann wieder „für die Civilisation" — und was ist aus allen den Phrasen hinterher geworden, als das Gegentheil und die

bittere Enttäuschung? Haben sich nicht aus allen diesen schönen Seidenlarven häßliche Schmetterlinge entpuppt?

Wahrlich, das Maß dieser Täuschungen ist übervoll, und es ist einmal hohe Zeit, daß die europäischen Mächte und die öffentliche Meinung ihr Wohlwollen versagten und sich etwas weniger willfährig zeigten, und daß man des gleißenden Firnisses rostigen Untergrund allgemein bloßlege.

Was die öffentlichen Organe der Presse angeht, so wollen wir unsere Ausführung in folgendem Kapitel ihrer Würdigung anheimgeben.

VI.

Die liberalen Blätter in Oesterreich, Deutschland und England erachten es für sachgemäß, uns eine energische Politik gegen Rußland einzurathen, und das kaiserliche Cabinet zu einer Action für Polen aufzumuntern. Es scheint jedoch, es sei hierin dem gesunden Verstande eine Nachsicht zu Gunsten des Liberalismus abgeschmeichelt, und die Sonde des reifen Urtheils zur Schonung der liberalen Sache nicht tief eingesenkt worden. Wir haben aus den vorgemeldeten Fällen, aus den Affairen in der Krim, in Italien, in Syrien und in Mexiko die viermal bewiesene Lehre gezogen, daß Louis Napoleon aus jeder aufgeworfenen Frage Kapital für Frankreich schlägt, und daß er die europäischen Angelegenheiten nur wie eine milchende Kuh für den französischen annexionslustigen Saugapparat benützt. Er stellt sich liberal und stellt sich sicher. Nun sind die rechtlichen und freisinnigen Männer in der ganzen Welt darüber einig, daß die Lehre: „Der Zweck heiligt die Mittel," ein verwerflicher und verderblicher Grundsatz ist: Louis Napoleon hat diese Lehre in den Satz umgedreht: Die Mittel heiligen den Zweck. So wie nun die Anhänger des ersten Satzes sich sträflicher und schändlicher

Mittel zu einem frommen Zweck bedienten, so bedient sich Louis Napoleon wieder ganz vortrefflicher Mittel zu seinem schändlichen Zweck. Bald ist er das schützende Ideal des europäischen Gleichgewichts, und dann bekriegt er Rußland — und schließt gleich darauf mit ihm eine gefährliche Allianz; bald ist er ein Völkerbefreier, und dann fällt er über Oesterreich her — und raubt sich zwei Provinzen; bald ist er ein guter Christ, und dann straft er die Drusen — und will sich gar nicht mehr von ihnen trennen; bald ist er der allerfrömmste Sohn der Kirche, und dann bewacht er den Papst — und läßt ihn schön berauben, und dann kniet er vor ihm nieder — und spricht: Ich bin der Herr der Welt! bald ist er hoch an der Spitze der Civilisation, und dann expedirt er ein Heer nach Mexiko — und mordet Mann und Weib, schießt eine ganze Stadt in Trümmer und zertritt die Freiheit der Nation.

Und jetzt ist er zur Abwechslung wieder liberal! In der schlauen Berechnung, daß er der Zustimmung der öffentlichen Meinung vergewissert sein und ihrer Fürsprache theilhaftig werden kann, daß aber andererseits sein alleiniges Vorgehen das durch Schaden mißtrauisch gewordene Europa doch wieder aufregen könnte: hat er für die eine die liberale Saite angeschlagen, und für das andere seinen Wolf in einen englisch-österreichischen Schafspelz gesteckt.

Ist es aber auch wirklich der Liberalismus, der hier profitiren soll? Ist es wirklich die Freiheit eines Volkes, der zulieb wir unser Bündniß mit Frankreich schließen sollen? Betrachten wir die Sache genauer:

Es dreht sich eine Streitfrage zwischen zwei mächtigen Staaten. Der eine waltet despotisch, der andere nicht minder: nur daß der eine dies ehrlich eingesteht, und der andere dies pfiffig maskirt. Der eine deportirt nach Willkür seine Bürger, der andere nicht minder: nur daß der eine nach Sibirien schickt, und der andere nach Cayenne, und daß der eine sie durch Kälte martert, und der andere durch Hitze. Der eine will fortwährend sich vergrößern und annectiren, der andere nicht minder: nur daß der eine fix nach Osten lugt, und der andere hin und her. Der eine strebt nach der Universal-Herrschaft, der andere nicht minder: nur daß der eine macht in Panslavismus, und der andere in Liberalismus, und daß der eine betreibt die Russification, und der andere die „Civilisation," will sagen: Napoleonisation. Der eine ist der Welt nur theilweise gefährlich, der andere ganz und gar: denn der eine verpflanzt offenkundig den Absolutismus und kann sich zur Noth nur auf die slavischen Stämme stützen, während der andere freisinnige Ideen heuchelt und predigt, seine „civilisatorischen" Söldlinge nach allen Weltgegenden aussendet, und die Sympathien aller Völker anruft; dabei kommt diesem ein kriegsgewohntes thatendürstiges Heer mit wohlgeschul-

ten Anführern und eine mit allen Mitteln moderner Kriegskunst ausgerüstete große Flotte zu Statten, während bei dem ersten beides mangelhaft und daher minder gefahrdrohend ist.

So schwebt die polnische Frage zwischen diesen beiden gewaltigen Zwingstaaten, zwischen dem slavischen Kaiserreich in Rußland mit seiner asiatischen Barbarei, und dem französischen Kaiserreich in Frankreich mit seinem wurmstichigen, den angefaulten Kern überkleisternden Cultur-Firniß. Löst sie Rußland nach seinem Sinne, so erhalten wir zwar kein freies Polen, aber das Land bleibt bei seinem alten Herrn, es bildet keinen neuen Zuwachs, es vergrößert keinen andern Staat, es bleibt eingedämmt in seinen bisherigen Grenzen, es macht seinerseits keine Eroberungen an Provinzen in der Fremdhörigkeit, es wiegelt nicht die verwandten Stämme auf, und wird selbst durch gründliche Reformen und zeitgemäße Institutionen besänftigt und mit seinem Lose ausgesöhnt. Gelingt es dagegen Frankreich, diese Frage nach seinem Sinne zu lösen, so erhalten wir zwar ein „selbständiges" Polen, aber diese Republik, dieses Königreich, oder wie es sonst heißen mag, wird dann unter französischer Herrschaft stehen; es wird zu seinem Schutze für lange Zeit eine französische Besatzung erhalten — gleichgiltig ob nothwendig oder nicht; — es bildet mit diesen Soldaten und seinen Sympathien thatsächlich einen französischen Vorposten im Norden, wie es dessen einen im italienischen Süden gibt;

es ist von Rußland ab- und Frankreich zugefallen; es gestaltet mithin für Frankreich einen neuen Zuwachs an Macht, eine neue Vergrößerung; es wird seinerseits nothwendig die eigenen Grenzen zu erweitern und Galizien und Posen, mit Willen oder Widerwillen, einzuverleiben trachten; es wird seine Agitation nach Böhmen und Ungarn ausbreiten, und wird selbst weder die ersehnte Freiheit noch die Ruhe erlangen oder erhalten können. Dazu kommt die gefährliche Lage für Deutschland; dazu kommt die Lähmung der beiden deutschen Großmächte; dazu kommt der Verlust Galiziens in der Bedeutung, daß wir Frankreichs traditionelle Politik, Österreich an Gebiet und Macht möglichst zu schwächen, durch unser eigenes Hinzuthun noch dahin befördert und begünstigt haben, daß wir auch gegen Preußen diesen Streich geführt und Deutschland geschädigt haben; dazu kommt der durch den Verlust der Lombardei uns von den Westmächten hinterlassene und eingeprägte Denkzettel, daß wir wohl gelegentlich auf ihre Feindschaft, nicht aber, wie wir dies nach unserer kräftigen Unterstützung ihrer Politik und nach unserer Hilfeleistung im Krimkriege anzunehmen berechtigt waren, auf ihre Freundschaft in unsern Nöthen zählen können; — dazu muß man endlich das Zusammentreffen von Gelegenheit und Umständen, in Folge deren Verlockung Frankreich sicherlich nicht verabsäumen wird, eine

Diversion am Rheine zu machen und ein Stück Preußen abzureißen, — wohlerwogen in Rechnung bringen:

Können wir demnach in unserer Wahl noch zweifelhaft sein? Können wir da noch schwanken, auf welche Seite wir das Zünglein unserer Wage hinzuneigen haben?

Resumiren wir:

Das Einverständniß mit Frankreich würde einen Krieg, und in seinen Konsequenzen ein selbständiges Polen herbeiführen; diesen Krieg führen und dieses Polen begründen hieße für Österreich das Nationalitäten-Staatsrecht anerkennen und sich selbst dem Schlachtmesser und der Zerstücklung preisgeben; dieser Krieg würde uns das Opfer einer großen und schönen Provinz auflegen, und uns zu einem aufreibenden Kriege gegen einen deutschen Bruderstamm, gegen den Bundesgenossen Preußen treiben; dieses mit Strömen Bluts hergestellte Polenreich würde sich zwischen den drei Großmächten auf die Dauer gar nicht behaupten können und zu fortwährenden Friedensstörungen Anlaß geben; dieses selbstständige Slavenreich wäre ein gefährlicher Zündstoff für alle slavischen Volksstämme und ein beständiger Herd der Agitation für alle verwandten Bestrebungen; dieses Polen selbst würde seiner Existenz gar nicht froh werden, denn es hätte nur die französische Herrschaft gegen die russische eingetauscht; dieses von Frankreich regierte Polen wäre dann nur ein französischer Vorposten und ein gegen Deutschland

aufgeworfener Laufgraben; durch diesen Krieg würden wir die napoleonischen Plane zur Lahmlegung der deutschen Großmächte und zur Schwächung Deutschlands selbstthätig und muthwillig begünstigen; dieser Krieg würde Frankreich die längst ersehnte Veranlassung geben, seine Annexionsgelüste am Rheine zu befriedigen;

In Summa: das Bündniß mit Frankreich würde demnach nur französische Zwecke fördern und weder der Freiheit noch dem Liberalismus einen Dienst erweisen;

Daraus ergibt sich:

Es kann sich dem kaiserlich österreichischen Cabinete ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich nicht empfehlen.

VII.

Unsere bisherige Ausführung war in der Annahme und für den Fall präcisirt, daß Frankreich, mit oder ohne England, die polnische Frage zu einem casus belli und zum Kriege gegen Rußland aufblähen wird. Wenn uns nun die heimischen Verhältnisse und die wichtigsten Interessen das Verbot aufnöthigen, uns in keine Aktion zur Befreiung Polens einzulassen; wenn unsere Stellung als deutsche und europäische Großmacht und eine von Rücksichten auf Deutschlands Sicherheit geleitete Politik uns von einem Bündniß mit Frankreich dringend abmahnt; wenn anderseits die Umstände und die Vorschriften der Gerechtigkeit eine Verbindung mit Rußland und eine Parteinahme für es als unstatthaft und unräthlich auch abweisen: welche Haltung sollen wir denn annehmen? Welches soll die von Österreich in dieser Frage weiter einzuschlagende Politik sein?

In richtiger Auffassung der Weltlage und einer die Verhältnisse gewissenhaft in Erwägung ziehenden Beurtheilung; in Berücksichtigung seiner im Übergang zu verfassungsmässigen Zuständen allenthalben sich umgestaltenden Staats-Administration, deren nach den verschiedenen Zweigen der politischen und judiciellen Verwaltung in Verbes-

serung begriffene Organisation eine Schonung aller Kräfte gebieterisch erheischt; im Hinblick auf die vor allen andern zu beherzigenden theuern Interessen des Reiches und seiner Machtstellung **kann Österreich nur eine Politik der Neutralität nach allen Seiten hin einhalten.** Es sieht durchaus kein Vortheil für uns heraus, wenn wir mit den Westmächten so weit vorgehen, daß wir die Forderungen an Rußland mit ihnen so kategorisch aufstellen, daß mit dem Aufhören der Verhandlungen die Feindseligkeiten beginnen müßten; es ist durchaus kein Gewinn dabei, wenn wir in Allianz mit Frankreich Rußland bekriegen, um von ersterem gleich darauf in Italien oder anderswo angegriffen und von Rußland schadenfreudig verhöhnt zu werden, also von jenem schlechten Dank, und von diesem gerechten Haß einzuernten! Und man mag sagen was man will, die gegenwärtige Lage ist sehr ähnlich der von 1854, ja sie übertrifft sie noch an Gefährlichkeit und an Erleichterung für die Beschlußfassung!

An Gefährlichkeit: denn 1854 galt es allenfalls nur, den Einfluß Rußlands im Orient zu brechen; die Donau-Fürstenthümer konnten von ihm **möglicherweise** annectirt und die Türkei in ihrer Existenz gefährdet werden, — **uns selbst** stand aber kein Verlust an Land und Leuten bevor, **wir selbst** wurden von Niemanden direct bedroht. Heute hingegen haben wir keinen irgendwo gefährlich auftretenden russischen Einfluß zu brechen, Rußland will sich keine neuen

Gebiete einverleiben (es ist dermalen froh, wenn ihm die alten bleiben —), und es gefährdet jetzt die Existenz keines Staates in der Welt: wohl aber haben wir heute stark von dem Einflusse Frankreichs zu leiden, für den wir eben neuerdings einstehen sollen, wohl aber drohen uns heute als Folge dieses polnischen Krieges arge Zerrüttungen in unserem Hauswesen, die heftigsten Erschütterungen im Stande des europäischen Gleichgewichts, und der unausbleibliche Verlust Galiziens, wir mögen es nun gutwillig hergeben oder nicht.

An Erleichterung für die Beschlußfassung: denn 1854 waren wir mit Rußland noch halb und halb alliirt, mindestens hatten unsere Beziehungen zu ihm keinen gereizten Charakter und waren nicht von der Freundschaft Kälte angefröstelt; es mußte uns daher immerhin eine Überwindung kosten, uns mit den Westmächten gegen es zu erklären, und danach zu handeln. Heute hingegen hat der Stand dieser Verhältnisse eine merkliche Trübung erfahren: Rußland hat uns in unserem legitimen Kriege in Italien alle Sympathien entzogen, es hat nachgerade das Königreich Italien förmlich anerkannt und uns dadurch empfindlich verletzt; wir können daher heute nicht von denjenigen Bedenklichkeiten abgehalten werden, die 1854 auf unsern Rathschluß so erschwerend einwirkten.

Und doch um viel ungerechter und unbegründeter wäre heute unser feindliches Auftreten gegen Rußland als damals! Denn 1854 hatten wir wenigstens e i n e U r s a c h e, uns zu

betheiligen, es waren für uns wichtige Interessen im Orient zu wahren, wir konnten da indirect zu Schaden kommen, und wir hatten also mindestens eine Veranlassung, kräftig einzugreifen; heute hingegen liegt nichts für unsern Angriff vor, nichts, was unser kriegerisches Vorgehen rechtfertigen könnte, nichts, als etwa das Verlangen — durchaus eine Provinz zu verlieren! Oder wir könnten nothfallsig von dem edlen Ansinnen begeistert und getrieben werden, als Vorreiter der Westmächte Bahn zu brechen, für sie den Horst des Adlers auszuholen, um uns hintennach ihre Feindschaft und seine Krallen auf den Hals zu laden, und es also mit aller Welt zu verderben! Denn in diesem Punkte hat uns das 59er Jahr unter andern auch diese schmerzliche Erinnerung hinterlassen, daß wir für unsere thatkräftige Unterstützung von Frankreich perfid angegriffen und von England ebenso im Stiche gelassen wurden, ohne daß wir uns dessen von dem einen versahen und von dem andern gewärtig waren.

Die Constellation: Österreich, England und Frankreich statt Österreich, Rußland und Preußen, würde jeden Liberalen und Menschenfreund aufs innigste erfreuen, und dieser Gruppirung könnte jeder Österreicher herzensfroh beistimmen, wenn — wenn Louis Napoleon eben ein Monarch von Treu und Glauben wäre, ein Monarch, dessen Regierung fest gegründet und dessen Politik auf den Grundpfeilern des Rechtes und der Verträge beruht; leider muß aber die Geschichte ein ganz anderes Urtheil fällen.

In der That hat die napoleonische Politik ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, jede der Großmächte einzeln und nacheinander lahm zu legen, um dann alle miteinander besiegen und beherrschen zu können (wie wir dies an einer andern Stelle ausführlich besprochen haben) *); vorzüglich hat sie es aber darauf abgesehen, uns so gründlich als möglich mit Preußen und Rußland zu entzweien, um dann jeden dieser Staaten desto ungestörter und desto sicherer anfallen und sich dann auch um so erfolgreicher auf das entblößte Deutschland stürzen zu können. Und so möchte sie uns jetzt wieder gern in ihre Zwickmühle locken, um die Kuh mitsammt dem Kalbe zu bekommen: sie möchte gern Rußland verkleinern, schwächen und demüthigen, und dies zugleich durch Oesterreich, seinen alten Alliirten, bewerkstelligen, und gleichzeitig dieses Oesterreich finanziell und materiell ins Verderben führen, daß es mit einer neuen Kriegsschuldenlast sich belade, selber Hand an sich lege und ein Königreich abtrete, sich mit Rußland zerschlage und mit Preußen verfeinde, um dann später dieses Rußland und dieses Preußen wieder gegen Oesterreich zu hetzen und dieses niederzuschlagen!

Oesterreich darf aber nie und nimmer wieder als Mauerbrecher Frankreichs dienen. Oesterreich fühlt keinen Beruf in sich, sein Gut und Blut in abenteuerlichen Unternehmungen zu verschwenden, es muß

---

*) Siehe „Österreichs Apell an die öffentliche Meinung."

mit seinem Vermögen haushalten, und kann seine edelsten Kräfte nicht gewissenlos aufs Spiel setzen, wie dies ein anderer Staat in allerhand Expeditionen thut. Auf friedlichem und diplomatischem Wege werden wir, so weit es uns angeht, Polen unsere moralische Unterstützung und fürsprechende Verwendung gern angedeihen lassen: wir werden eine auf der Basis der National-Vertretung beruhende autonome Verwaltung des Königreichs Polen, den freien Gebrauch der polnischen Sprache in allen Branchen, Freiheit für die katholische Kirche und die andern Confessionen, und eine vollständige und rückhaltlose Amnestie bevorworten und aufs wärmste empfehlen; darüber hinaus kann die kaiserliche Regierung sich nicht engagiren. Sollte England mit Frankreich das Schwert in die Wagschale werfen, sollte der Krieg wirklich losbrechen, wie dies nur zu sehr im Plane Frankreichs liegt — dann wird Oesterreich seine Neutralität behaupten. „Die kaiserliche Regierung ist entschlossen, stricte über die Aufrechthaltung der Ordnung auf ihrem Gebiete und über die Erhaltung der guten Beziehungen, in welchen wir zu der russischen Regierung stehen, zu wachen. Wir hoffen Beides zu erreichen, ohne zu Maßregeln der Unterdrückung unsere Zuflucht zu nehmen, welche den edelmüthigen Gefühlen des Kaisers, unsers erhabenen Herrn, widerstreiten" (Depesche des k. k. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Rechberg vom 11. Februar 1863 an die Vertreter Oesterreichs in Paris und London).

Es ist sehr bedauerlich, daß England sich so weit von Louis Napoleon hineinziehen läßt, mit ihm, wie es scheint, durch Dick und Dünn zu gehen. Nachdem Lord Russel die erste Einladung L. Napoleons, sich dem Einschreiten Frankreichs in Petersburg anzuschließen, anfänglich abgelehnt, und seine Depesche vom 2. März l. J. für sich und direct an den englischen Vertreter Sir Napier in Petersburg expedirte, und dann noch in seiner spätern Depesche vom 10. April sich in seinen Forderungen auf die Verträge von 1815 stützte, was nach der Uebereinkunft mit Frankreich vermieden werden sollte, — war zu hoffen, daß England seine Schritte nicht aus dem friedlichen Einkreis lenken werde. Heute hat es leider in seiner Haltung eine Schwenkung in französischer Manier gemacht, und die Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang bedeutend alterirt. Baron Brunnow hat Recht, wenn er in seiner Unterredung mit Lord John Russel (mitgetheilt als Auszug in der Depesche vom 10. April an Sir Napier) von Projecten spricht, welche die Umgestaltung der Karte Europa's zur Absicht haben. Wir kennen gewisse Pläne, welche darauf hinauslaufen, im Norden Europa's ein polnisches Italien aufzurichten, welches auf Oesterreich einen vernichtenden Druck ausüben und auf Rußland als lähmende Klammer wirken soll. Oesterreich wird seine Schuldigkeit thun.